

Regierungsprogramm für Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufe ist Notfallpatient

Utl.: Gewerkschaft vida: „Regierung bleibt Antworten auf dringende Fragen schuldig“ =

Wien (OTS) - „Das Regierungsprogramm für Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufe braucht dringend Hilfe. In einem Spital würde man es als wohl als Notfallpatient bezeichnen“, so Gerald Mjka, Vorsitzender des Fachbereichs Gesundheit in der Gewerkschaft vida. „Wichtige Fragen, wie zum Beispiel die zukünftige Finanzierung der Pflege, bleiben offen. Zudem fehlt der große Wurf, also die Vision zur Verbesserung der Pflege- und Betreuungsmisere oder wie die Gesundheit 2030 aussehen soll, vollständig“, ist der vida-Gewerkschafter entsetzt.

Mehr Personal gefordert

Für Mjka führt kein Weg daran vorbei, dass es in Zukunft mehr Personal in Krankenhäusern und Pflege- und Betreuungseinrichtungen gibt. „Dieser Punkt wird jedoch komplett ausgespart im Regierungsprogramm. Es gibt kein Bekenntnis dazu, Personal in Gesundheitsberufen aufzustocken.“ Die chronische Unterbesetzung in vielen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen setzt den KollegInnen immer mehr zu, so der vida-Gewerkschafter: „Viele KollegInnen sind an ihren psychischen und physischen Grenzen. Es ist ein gefährlicher Mix aus zahlreichen ungeplanten Diensten durch Einspringen, sehr vielen Überstunden, kürzeren Ruhezeiten und verlängerten Arbeitszeiten.“

Mehr von uns. Besser für alle.

Mjka verweist darauf, dass wir „im Rahmen unserer Offensive ‚Mehr von uns. Besser für alle.‘ [eine rasche Aufstockung des Personals um mindestens 20 Prozent fordern. Als Akutmaßnahme, um drohende Engpässe zu verhindern](#)“. Der vida-Gewerkschafter warnt davor, dass „Einsparungen im Gesundheitsbereich die Qualität der Pflege der PatientInnen beeinträchtigt. Eine bundesweit einheitliche, verpflichtende und bedarfsorientierte Personalberechnung, die neben betriebswirtschaftlichen Aspekten auch die Qualität der Pflege zur Basis hat, ist unumgänglich“. [/a>](#)

Pflegelehre löst keine Nachwuchsprobleme

„Die dringend nötige Ausbildungsoffensive ist ebenfalls nur mit Schlagworten beschrieben. Wie und wann dem Personalmangel daher konkret entgegengewirkt werden kann, ist vollkommen offen“, kritisiert auch Sylvia Gassner, Vorsitzende des Fachbereichs Soziale Dienste in der Gewerkschaft vida. „Die im Regierungsprogramm angekündigte Lehre in der Pflege lehnen wir ab, da Jugendliche hier massiv überfordert wären. Die Dropout Quote in der Lehrzeit, aber auch danach, wäre sehr hoch wäre. Wir fordern einen einfacheren sowie kostenlosen Zugang zu den Hochschulausbildungen in Gesundheitsberufen. Zudem brauchen wir auch berufsbildende mittlere und höhere Schulen für Pflege“, sagt die vida-Gewerkschafterin.

Nein zu einer Pflegeversicherung

Die rote Karte gibt es von der Gewerkschaft vida auch für die geplante Einführung einer zusätzlichen finanziellen Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch eine Pflege- und Betreuungsversicherung. „Die öffentlichen Steuereinnahmen müssen für die Pflegefinanzierung ausreichen“, so die vida-GewerkschafterInnen Mjka und Gassner.

Abschließend betonen beide, dass „wir bei der Pflege und Betreuung nicht drumherum kommen, endlich beste Arbeitsbedingungen und hochwertige Ausbildungen ebenso wie eine angemessene Entlohnung zu bieten. Nur wenn der Pflege- und Betreuungsberuf in Österreich wieder attraktiver wird, kann man dem absehbaren Mangel an qualifizierten Fachkräften wirksam entgegensteuern“.

~

Rückfragehinweis:

Mag. Peter Leinfellner
Tel.: 01 53444 79-267
Mobil: 0650/36 36 399
peter.leinfellner@vida.at
www.vida.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/143/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0046 2020-01-09/10:12

091012 Jän 20

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200109_OTS0046